

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

71 (7.3.1924) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei ins Haus halbjährlich 1.20 M.; im Verlag oder in den Abzweigungen abgeholt 1.20 M. Durch die Post monatlich 2.00 M. einschließlich Zustellgeld.

Einzelpreise: Verkaufsnummer 10 Pf. Sonntagsnummer 15 Pf. Im Fall höherer Gewalt hat der Verlag keine Ansprüche bei veränderten oder nichterhaltenen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis zum 2. auf den folgenden Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 0.25 Goldmark, 2. Spalte 0.20 Goldmark, 3. Spalte 0.15 Goldmark, 4. Spalte 0.10 Goldmark, 5. Spalte 0.07 Goldmark, 6. Spalte 0.05 Goldmark, 7. Spalte 0.04 Goldmark, 8. Spalte 0.03 Goldmark, 9. Spalte 0.02 Goldmark, 10. Spalte 0.01 Goldmark.

Badische Presse

und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.
Bestellen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Kronenzeitung / Steiner-Kundschau / Feld u. Garten / Kette- u. Väterzeitung / Volk u. Heimat

Eigenum und Verlag von Ferd. Schönbauer, GbR. Redaktionsdirektor: Dr. Walter Schneider. Verantwortlich: Für Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: Dr. Solinger; für lokale Angelegenheiten u. Sport: H. Volz; für Neuigkeiten: M. Rindorf; für Handel u. V.: Dr. W. Schneider; für Ober- u. Niederbayern: Dr. G. Berle; für die Anzeigen: H. Hübner, alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiger. Fernsprecher: Geschäftsstelle: Nr. 55, Redaktion: Nr. 509 und 519. Geschäftsstelle: Mittel- und Kammerstraße, nächst Kaiserstraße und Marktplatz. Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 8259.

Stresemann verteidigt seine Aussenpolitik.

Scharfes Duell Helfferich — Stresemann. Noch keine Entscheidung über den Auflösungs-termin.

Am 6. März, 6. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In dem einstündigen Einleitungsreden der Reichstagsverhandlungen, die nun seit zwei Wochen nur geführt werden, um die Zeit totzuschlagen, bildet der Donnerstag eine erfreuliche Ausnahme. Nicht als ob Reden an der politischen Lage noch etwas ändern könnten, aber die Art der Diskussion stand wenigstens auf einer Höhe, wie man sie im Reichstag selten gewöhnt ist. Schon der ehemalige Wirtschaftsminister der deutschen Volkspartei, Raumer, ist ein Redner und ein Denker von Kaliber. Mit Recht bezeichnet er die Weltrede als ein Schaustücken vor der Wählerschaft und propagiert gegenüber dem Marxismus wie dem Klassenkampf eine Wirtschaftspolitik der positiven Arbeit. — Mit besonderer Spannung wartete man auf den deutschen Nationalen Helfferich, von dem bekannt geworden war, daß er eine scharfe Attacke gegen den Außenminister Dr. Stresemann reiten wollte. Diese Voraussage hat Herr Dr. Helfferich auch wahr gemacht. Obwohl er mit dem Ruf nach Bildung einer Volksgemeinschaft begann, war seine ganze Rede in der Hauptsache ein erneutes deutliches Anzeichen dafür, daß die Deutschen Nationalen die Spitze ihres Wahlkampfes hauptsächlich gegen die Deutsche Volkspartei richten wollen. In diesem, Herr Dr. Stresemann steht auch als Redner Herrn Dr. Helfferich gegenüber seinen Mann. Selten wohl hat man ein so scharfes Duell mit erlebt. Hieb auf Hieb, Schlag auf Schlag. Der Außenminister geht auf jeden einzelnen Vorwurf seines Gegners ein, gerechtfertigt ihn und erwidert den Hieb, wobei er die Gelegenheit benützt, um doch manche Erklärungen einzufügen, die für die Ohren des Auslandes berechnet sind. So, wenn er die Internationalisierung der Eisenbahn ablehnt, wenn er einer neuen Militärkontrolle widerspricht und schließlich die Angriffe Ludendorffs gegen den Vatikan namens der Reichsregierung zurückweist. Den Abschluß des Tages bildet ein scharf unerschöpflicher Kampf von persönlichen Bemerkungen, an dem sich alle Parteien beteiligen. Die Friedensresolution, der Sturz Bethmann-Hollwegs, der U-Bootkrieg, Ludendorff, bald alles, was seit 1914 geschehen ist, wird an den Haaren herbeigezogen, nur um die Haltung der verschiedenen Parteien im Wahlkampf zu rechtfertigen, und dauerlicher Weise sieht es so aus, als ob das Ende dieses Spiels noch nicht zu erwarten wäre.

In parlamentarischen Kreisen hört man, daß der Reichstagskanzler mit dem Reichspräsidenten am Donnerstag mittag noch nicht einig geworden sei, daß Herr Ebert zwar grundsätzlich der Auflösung des Reichstags zustimme, aber Bedenken gegen den Zeitpunkt geltend mache, die noch nicht behoben seien. Die Entscheidung ist deshalb wieder hinausgeschoben und wird zu neuen Kompromissverhandlungen benutzt. Immerhin hält der Reichstagskanzler daran fest, daß er in absehbarer Zeit mit dem Reichstags Schluß machen will. Er beabsichtigt, das Gesetz über die Goldkreditbank und über den Notetat anfangs nächster Woche vom Reichstag verabschieden zu lassen, um dann etwa am Mittwoch nach der Rede Scheidemanns, die Auflösung in der Hand zu haben, sodas die Reichstagswahlen am 4. Mai stattfinden würden.

Sitzungsbericht des Reichstags.

Am 6. März, 6. März. Am Regierungstisch Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. In der Fortsetzung der Beratung nimmt zunächst das Wort der Abg. von Raumer (D.). Er weist auf die außerordentliche Länge dieser Erörterungen hin. Es würden viel zu viel Worte gewechselt ohne positive Arbeit. „Meine Partei“, so erklärt der Redner weiter, „hat sich stets und ausschließlich auf positive Arbeit eingestellt. Diese positive Arbeit aber findet in Deutschland nur spärlichen Boden. Man biete der Bevölkerung allerlei Illusionen und hat eine bedenkliche Psychose ins Land getragen. Wir werden uns dadurch nicht irren lassen. In vielen Fällen kann man die langen Reden, die hier gehalten worden sind, als ein Schaustücken vor der Wählerschaft bezeichnen. (Heiterkeit.) Der Ruhrkampf hat uns erst wieder die Achtung der anderen Völker verschafft. Es war nicht umsonst. Würden wir heute noch die Pfalz haben ohne Ruhrkampf. Der Wendepunkt in der Außenpolitik wurde eben durch den Ruhrkampf herbeigeführt.

In der Ruhe war das Moskau des französischen Franken. Der Redner bezeichnete eine politische Finanzkontrolle als unerträglich. Er hält den Beamtenabbau auf die Dauer für nicht tragbar und fordert eine für die Beamten erträgliche Umgestaltung der Besoldung. Bei der Ausführung der Goldbilanzverordnung müßte das Hinausdrängen der kleinen Aktienäre unter allen Umständen vermieden werden. Die Deutsche Volkspartei beantragt deshalb den Mindestbetrag für eine Aktie in Höhe von 20 Mark festzustellen. Sie beantragt ferner Verringerung der Wuchergesetzgebung, die den gewerblichen Mittelstand ruiniert habe. Eine Verbilligung der Industrieproduktion sei nur möglich, bei einer Verbilligung von Kohlen und Eisen. „Nur durch Qualität und Spezialisierung können wir in der Industrie wieder vorankommen.“ Der Redner warnt aber vor Optimismus, da wir nur über die halbe Aussicht gegenüber der Vorkriegszeit verfügten. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften müsse aufrechterhalten werden.

Abgeordneter Dr. Helfferich (D.N.) unterstützt die Forderung auf bessere Berücksichtigung der Wirtschaft. „Wir haben“, so erklärte der Redner,

„am Vorabend schwerster Entscheidungen. Ueber uns hängt die drohende Wolke der Gefahr eines neuen und noch schlimmeren Versailles. Zur Abwehr dieser äußeren Gefahr wollen wir eine Volksgemeinschaft über alle Parteien ohne Unterschied hinweg. Alle diejenigen, denen das Wort mehr als leeres Schall ist, müssen jetzt zur Verteidigung der deutschen Einheit zusammenstehen.“ Der Redner bespricht dann den Münchener Hochverratsprozess. Hier müßten Motive berücksichtigt werden, die aus vaterländischer Liebe und brennender Scham über die uneren; Vaterlande angetane Schmach entstanden sind. Wenn bei dem Zusammenbruch Deutsche den Boden unter den Füßen verloren haben und sich nicht in die neue Ordnung finden konnten, so sind das nicht die schlechtesten Elemente. (Links: „Wer stellt Hochverrat beging, sollte ihn nicht anderen vorwerfen!“ Lebhaftige Zustimmung links). Die deutschnationalen Fraktion erklärte unzweideutig, daß der Standpunkt der Deutschnationalen grundsätzlich von den Ausführungen Ludendorffs in München abwichen.

Was die auswärtige Politik anbelange, so sei die Wurzel des Übels nicht das Reparationsproblem, sondern die Eroberungsgelüste und das Machtgefühl der Franzosen. „Die Initiative zur Schaffung der Rentenmark ging von den Kreisen aus, die hinter uns stehen. Die Rentenmark kann und wird gehalten werden, wenn man mit mangelhaft durchdachten und gefährlichen Experimenten, zu denen auch die Ausprägung von Silbermünzen und das Projekt von Goldnotenbank und Goldkreditbank gehören, aufhört.“ Der Redner bezeichnete den Notetat als ein Hunger- und Kummerbudget, bei dem die deutsche Währung auf die Dauer nicht bestehen könne.

Zur Frage der Besatzungskosten erklärte der Redner, daß der Widerstand der Deutschnationalen gegen die Weiterbehandlung nicht die rechtmäßige Bevölkerung belasten solle. Aber es müsse einmal vor aller Welt gesagt werden, daß die Belastung in sinnloser Verschwendung das Geld eines notleidenden Volkes vergeude. Der Redner fordert Veröffentlichung des Materials, das die Regierung den Sachverständigen vorgelegt hat. Die veräußerten Besatzungskosten haben schon mehr gekostet, als die ganze französische Kriegsschuldigung von 1871 ausmachte. (Hört, hört!) Der Redner fragt, warum das zweite Vorkommen über die Besatzungskosten noch immer nicht veröffentlicht sei. Bei der Fortsetzung der Einsetzung der Besatzung der Besatzungskosten stehe die Bevölkerung des besetzten Gebietes hinter den Deutschnationalen. Diese hätten die schwersten Bedenken gegen den Kurswechsel geäußert, der nach dem Rücktritt Cunos eintrat. Ungeachtet der deutschen Stellungnahme Englands sei der passive Widerstand bedingungslos abgebrochen worden. (Außenminister Dr. Stresemann unterbricht den Redner und weist darauf hin, daß die Antwort Englands es als tödlich bezeichnet habe, den Widerstand über den Höhepunkt hinaus fortzusetzen.) Abg. Dr. Helfferich weist demgegenüber auf die Note Cunos hin, in der gesagt werde, daß England nicht daran denke, von Deutschland die bedingungslose Aufgabe des Widerstandes zu verlangen. „Was hat die Regierung gegen die rechtswidrige Besetzung Mannheimer Gebiets getan? Den Mannheimer Herren, die im Auswärtigen Amt vorzupraten, erklärte man, ein Vorgehen in diesem Falle entspreche nicht der Grundidee der deutschen Politik.“ (Hört, hört!) Wir verlangen eine aktivere Außenpolitik. Ich würde als verantwortlicher Minister bereit, die letzten Konsequenzen gegenüber Frankreich zu ziehen. Das Ruhegebiet darf unter keinen Umständen unter die Verwaltung des Völkerbundes kommen. Der Kriegsschuldfrage muß entgegengetreten werden. Die Sozialdemokraten haben allerdings auf der internationalen Konferenz einer solchen Anregung ihrer ausländischen Genossen widerstanden. (Hört, hört! Pluribus rebus.) Der Redner erklärt sich gegen jeden Separatismus. Er wendet sich gegen die Aufrollung der Han-noverschen Frage und weist die Angriffe Alpers gegen Preußen zurück.

Der Redner kommt dann auf das Projekt der Goldnotenbank zu sprechen und nimmt energisch Stellung gegen die Auslieferung der deutschen Reichsbahnen. Deutschland würde dadurch zu einer internationalen Reparationsproving gemacht werden.

Die Goldkreditbank gesichert.

Am 6. März, 6. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie der Außenminister Dr. Stresemann am Mittwoch mitteilte, hat Dr. Schaht bei seinem letzten Besuch in Paris und London den Erfolg gehabt, daß seine Goldkreditbank jetzt gesichert ist. Die Reichsregierung läßt in diesen Tagen eine entsprechende Gesetzesvorlage ausarbeiten, die am Montag dem Reichstage zugehen und noch vor Auflösung des Reichstages verabschiedet werden soll.

Die Inflation in Frankreich.

Neuer Sturz des Franken. F.H. Paris, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der heute erscheinende Wochenanweis der Banque de France weist eine Erhöhung des Notenumlaufes um 921 224 595 Francs gegenüber der Vorwoche aus. Die Folge davon war eine sensationelle Hausse des französischen Pfandes und des Dollars. Ersteres stieg von 105.8 auf 108.30, letzteres von 24.50 auf 25.25.

Eine ganze chinesische Stadt niedergebrannt.

Newport, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) In der chinesischen Stadt Tchang-Schan in der Provinz Schantung ist durch Umverfügen einer Stalkatene ein Brand entstanden, der sich schnell auf die Nachbarküfer und schließlich auf die ganze Stadt erstreckte. Die Stadt ist zerstört, 300 Menschen sind umgekommen, 400 sind lebensgefährlich verletzt. 10 000 Bewohner sind obdachlos. Die Baracken der Stadt sind jetzt der Schauplatz von Räubereien und Plünderungen, die von Banditenhorden an den Toten und Verwundeten verübt wurden.

ten. „Die deutsche Wiedergebunden hat begonnen. Das deutsche Volk wird zeigen, daß ihm die Freiheit über alles geht, auch über Gut und Leben.“

Der Außenminister über die Politik des Möglichen.

Stresemanns Erwiderung auf die Vorwürfe Helfferichs. Das Auswärtige Amt und der Fall Mannheim. — Ablehnung der Neuierungen Ludendorffs. — Stresemanns Kampf gegen die Schuldfrage. — Die Besatzungskosten. — Gegen die Internationalisierung der deutschen Finanzen.

Dr. Stresemann führte nach Dr. Helfferich folgendes aus: „Dr. Helfferich hat zum Ausdruck gebracht, die beste Gewähr gegen die Durchführung der Versämnungsbedingungen bilde die Idee der Deutschen Volksgemeinschaft. Aber die Diskreditierung, welche die Politik der Reichsregierung durch die Kritik des Vorredners im Volke erfährt, ist nicht die rechte Basis für eine solche Gemeinschaft. („Sehr wahr!“) Die Frage der Reparationen darf man nicht einfach ausschalten von der ganzen Entscheidung. Es handelt sich doch schließlich darum, welchen Weg Frankreich in dieser Frage gehen wird. Wir wissen, daß

in Frankreich eine starke Partei nicht Reparationen, sondern den Rhein will.

Ich vermissen die Angabe, was nun an die Stelle der vom Vorredner abgelehnten Politik der Reichsregierung gesetzt werden soll. Wenn Sie uns den Weg nicht nachweisen können, dann sollten Sie Ihrer Kritik Jügel anlegen, mit der Sie lächerlich machen, was wir tun. („Sehr richtig!“) Wir sind gewiß nicht von Illusionen erfüllt, aber wir sind dieser Kritik gegenüber in einer sonderbaren Lage. Sie fragen was im Fall Mannheim die Regierung getan hat.

Wenn ich sage, daß wir dagegen protestiert haben, so würden Sie fragen, was sind Proteste und doch mußten wir zunächst einmal formellen Einspruch erheben. Herr Helfferich sagt, die Mannheimer Herren seien nach Berlin gekommen und hätten im Auswärtigen Amt die Antwort bekommen, ihr Verlangen passe nicht in unsere Politik. Niemand ist so etwas gesagt worden („Hört, hört!“ links und rechts). Herr Helfferich darf solche Neuierungen nicht tun, wenn er sie nicht beweisen kann. Die Herren aus Mannheim haben gesagt, die Zolllinie gehe mitten durch den Mannheimer Hafen und sie wünschten eine Verlegung der Zolllinie. Mein Referent hat ihnen geantwortet, wir sind für die Aufhebung der Zolllinie, und deswegen paßt uns nicht die Verlegung. Das ist also etwas ganz anderes. Die von meinem Referenten gegebene sachliche Antwort scheint mehr den Tatsachen zu entsprechen. Herr Helfferich, Sie wollen aber so tun, als ob das ganze Auswärtige Amt am liebsten nicht beschliffen werden sollte mit Dingen, die gegen Frankreich gingen. Herr Helfferich, Sie befinden sich über die ganze Stellung des Auswärtigen Amtes in einem Irrtum. Ich habe vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags Ihnen nicht nur eine Liste der Bemühungen gegeben, die selbstverständlich jeder auswärtige Minister unternommen hätte, um zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen, sondern auch eine Liste all der Bemühungen vom ersten Tag meines Amtsantritts an, die dahin gingen, nach der anderen Seite alles zu verlangen was uns ermöglicht hätte, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben. Ich darf vielleicht für mich auch das Privilegium in Anspruch nehmen, das Sie Herr Helfferich für sich pro futura in Anspruch genommen haben. Ich kann hier nicht über alle Einzelheiten sprechen und meine Darlegungen im Auswärtigen Ausschuss haben Sie nicht widersprochen. Ich kann nicht mit einem Ententestaat allein irgend einen Sonderpakt schließen.

Wir müssen uns bemühen, in der ganzen Entente ein Verständnis dafür zu finden, daß die bisher gegen Deutschland geübte Politik nicht nur Deutschland zu Grunde richtet, sondern Europa und die ganze Welt.

Wir nehmen nicht an, daß England aus Sympathie für Deutschland irgend etwas tut. Die Einleitung der Sachverständigenausschüsse ist der Appell an die wirtschaftliche Welt, daß sie sich nicht selbst zu Grunde richtet dadurch, daß sie Deutschland zu Grunde gehen läßt. Als der Reichstagskanzler hier die Sachverständigen empfing, wäre es, wenn man von Militärkontrolle oder Abrüstungskontrolle gesprochen hätte, staatsmännlich und politisch unverstündlich gewesen. Wie können Sie einer Wirtschaftskommission, die hierher kommt um unabhängig von der Regierung zu verhandeln, mit politischen Streitfragen kommen wollen? Sie hätten die Kommission innerhalb 24 Stunden auseinanderzusprechen. Die Politik eines waffenlosen Volkes wird uns zum Vorwurf gemacht wegen des vorsichtigen Taktens, das notwendig ist angesichts der Situation, in der wir uns befinden. Ich glaube als Außenminister immer die richtige Mittellinie gehalten zu haben.

Es blieb nichts anderes übrig, als ein vorsichtiges Taktens, um

notwärts zu kommen.

Die Situation, in der wir uns befinden, ist furchtbar, aber vergessen Sie doch nicht für uns, für die Generation, die heute lebt, sind natürlich fünf Jahre ein großer Teil des Lebens. Deshalb laßt man leicht, wie wenig wir vorwärts gekommen. Wenn Sie aber reines naiv die Welt als eine geistlich dann werden Sie sehen, daß die zeitliche Umstellung der Welt gegenüber dem Vertrag von Versailles in gewisser Beziehung schnellere Fortschritte gemacht hat, als wir es erwarten konnten. („Sehr wahr!“ bei der Mehrheit.) Herr Helfferich hat auf die drei Forderungen der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bezug genommen. In dieser Frage besteht überhaupt kein Unterschied in diesem Hause. (Zustimmung!) Die drei Forderungen sind keine Postulate der Vereinigten Vaterländischen Verbände, sondern sie entsprechen der Empfindung jedes Deutschen. (Lebhaftige Zustimmung!) Herr Helfferich hat bereits auch von dem

Verständigung der Deutschen Verbände gebrochen. Sie wissen vielleicht auch daß dieser Ausschuss ein eigenes Organ herausgibt: „Wage zur Freiheit“. In der Nummer vom 1. November 1923 wird mir in diesem Blatte Dank dafür ausgesprochen, daß ich der erste Reichsanwalt gewesen sei, der sich öffentlich gegen die Schuldfrage von Versailles ausgesprochen hätte.

(Hört, hört!) Da dürfen Sie (zu den Deutschnationalen) es doch nicht so hinstellen, als ob Sie das Privilegium in Anspruch nehmen könnten, allein die Schuldfrage bekämpft zu haben. (Beifall bei der Mehrheit.) Ich habe diesen Kampf geführt nicht nur als Reichsanwalt, ich habe es auch als Außenminister von dieser Stelle getan. Wir haben ein Recht darauf, die Erörterung dieser Frage zu fordern, weil wir im Vertrauen auf unser gutes Gewissen unsere Ämter veröffentlicht haben. Wir haben deshalb auch ein Recht zu fordern, daß die anderen daselbst tun. Auch hier aber werden Sie (zu den Deutschnationalen) nicht lediglich durch eine Hyperthropie der Aktivität etwas erreichen, sondern wir werden am ehesten normwärts kommen, wenn wir selbst Fortschritte machen mit der Auffklärung, die von uns ausgeht. Ich glaube nicht, daß Sie, Herr Herz, ein Recht haben, über diese Dinge so ironisch zu lächeln, wie Sie es tun. (Abg. Herz: Die Grenze der Hyperthropie ist noch nicht erreicht!) Ich werde dem Wunsch, gegen diese Dinge hier als Vertreter des Deutschen Reiches zu protestieren, durchaus entgegenkommen, obwohl mir klar war, daß das zur Aufregung der anderen Völker führen müßte. Es war auch richtig, daß das erst jetzt geschah in dem parlamentarischen Moment, wo es Europa hätte können. Darin liegt nämlich die niedrigste Kunst der Außenpolitik. (Zustimmung.) Wir waren damals gar nicht in der Lage, auf Ereignisse einzugehen, denn man weiß uns eben verblühen lassen. Polnisch war die Aufgabe des größten Widerstandes durchaus nicht annehmbar. Ich habe nicht auf die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes hingearbeitet. Herr Dr. Helfferich kann mir auch nicht vorwerfen, daß ich die Hilfe bei Aufgabe des passiven Widerstandes zurückgewiesen hätte.

Der Außenminister geht dann auf die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Helfferich über

die Besatzungskosten

ein: „Der Kampf dagegen ist geführt worden von allen Ministern, auch von uns. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir es ablehnen müßten, auf unabsehbare Zeit diese Kosten zu tragen. Die Möglichkeit, sofort solche Dinge zu ändern, sind aber äußerst beengt und gering. Selbstverständlich drängen wir auf eine Maximierung der Besatzungskosten hin. Aber ihre Ablehnung wäre begleitet gewesen von dem größten Elend der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Man muß sich vor Augen führen, welche Möglichkeiten der Entwicklung überhaupt vorliegen. In die Beratung der Sachverständigen konnten wir doch nicht mit einem Programm hineinspielen, daß die Verhandlung in manchen Teilen mindestens desavouieren würde. Wenn wir die Sachverständigen einladen, hierherzukommen, wenn wir ihre Arbeit begrüßen, so müssen wir auch erst abwarten, was aus diesen Arbeiten herauskommt.“

Der Außenminister kündigt einen Gesetzentwurf über die Errichtung der Goldnotenbank noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages an.

Um eine Internationalisierung der deutschen Finanzen denken wir gar nicht.

Über wenn sich große Zentralnotenbanken der einzelnen Staaten zur Verfügung stellen, weil die Aufgabe von diesen Staaten nicht als eine politische, sondern als eine geschäftliche betrachtet wird, glauben Sie, (zu den Deutschnationalen) denn, daß diese großen Institute sich mit Milliarden verpflichten werden, ohne selbst in der zu gründenden Bank vertreten zu sein? (Sachen rechts.) Es ist etwas ganz anderes als Sie bei einer Wirtschaft die sich innerlich konsolidiert hat, eine internationale Anleihe aufnehmen oder bei einer Wirtschaft, die zertrümmert am Boden liegt. Sie sagen, Ihnen und Ihren Freunden gebe die Freiheit über alles. In ähnlicher Formulierung habe ich daselbst, aber nicht immer unter Zustimmung ihrer Freunde ausgesprochen. Ziehen Sie auch die Konsequenzen daraus. Glauben Sie, daß eine Regierung ein Verlangen daran hat, Verhandlungen zu führen um Mittel zu bekommen, die nicht einmal uns zunächst zu gute kommen, sondern Frankreich und von denen nur ein Teil für die Stabilisierung unserer eigenen Verhältnisse, für die Deckung unserer eigenen Bedürfnisse bestimmt ist? Wir tun dies doch nur, um das Wörtchen zu schaffen, damit Rhein, Ruhr und Pfalz wieder frei werden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, ich sähe die einzige Möglichkeit, zu dieser Freiheit zu kommen, darin, daß wir uns der Regelung der Reparationsfrage nicht entgegenstellen. Wir haben nicht nur Frankreich, uns gegenüber, sondern in dieser Frage die gesamte Entente. Das ist nun einmal das fürchtbare, daß wir den größten Krieg der Weltgeschichte verloren und nach diesem Krieg den Ruhrkampf auch verloren haben. Der Ruhrkampf ist gewiß nicht ganz erfolgreich gewesen. Er hat gezeigt, was das deutsche Volk empfindet für seine Freiheit, er hat gezeigt, daß es in Liebe steht auch zu dem ohnmächtigen ermen Deutschland der Gegenwart, und darum war er nicht vergeblich. Aber nachdem wir den Kampf abgebrochen haben, müssen wir jetzt auch versuchen diejenigen zu befreien, die als die zunächst Gepeinigten in diesen Kampf hineingegangen sind (Beifall). Wenn man sich zu diesem Gedanken bekennt, muß man auch die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn wir nun mit den internationalen Sachverständigen über diese Dinge sprechen, wenn wir versuchen, eine Lösung zu finden, die uns allerdings für eine Zeit lang solche Inflationen auferlegt, wie sie uns bevorzugen, eine internationale Mitwirkung und vielleicht auch eine gewisse Kontrolle, so wollen wir uns damit doch nur den Weg frei machen, um überhaupt das Verhängnis aus der Welt zu schaffen (Zustimmung). Darin besteht abermals volle Übereinstimmung bei allen Parteien, daß ohne eine solche Verleistung eine Verletzung unmöglich ist. Es wird jetzt vielfach geglaubt, man könne die ganze Situation in die Worte pressen: Zerreißen des Versailler Vertrages! Ich bin fest überzeugt, diese Worte werden nicht mehr ertönen, wenn ein deutschnationaler Außenminister an dieser Stelle stünde. („Sehr richtig!“ bei der Mehrheit.) Ich weiß, daß jeder gegenwärtig unser Weg der ist, zunächst einmal die anderen Mächte zu zwingen, die Verpflichtungen anzuerkennen, die sie aus dem Versailler Vertrag gegenüber haben. Wenn wir es heute dazu bringen könnten, daß die rheinländische Bevölkerung nur unter dem Rheinlandabkommen stünde, daß in der Pfalz die Verhältnisse wiederkehrten, die vorher bestanden, daß die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herausgehen, dann würden wir noch innerhalb des Vertrages von Versailles stehen, aber für Millionen unserer Volksgenossen würde ungeheuer viel erreicht sein. (Beifallige Zustimmung.) Deshalb müssen wir zunächst einmal befähigen zu unseren Pflichten aus dem Versailler Vertrag, der ja ausdrücklich anerkennt, daß es eine Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gibt und daß wir ein Recht haben auf die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit. Die Reichsregierung befindet sich in voller Übereinstimmung mit dem, was gestern Herr Kaas und heute Herr Dr. Helfferich ausgesprochen haben über den Gedanken einer Neutralisierung des Rheinlandes, wenn sie etwa so würde in der staatsrechtlichen Form eines Pufferstaates zwischen Frankreich und Deutschland. Aber ich kann mir nicht denken, daß der englische erste Minister einen Vorschlag ausgesprochen haben

könnte, der vollkommen abweicht von dem Vertrag von Versailles, und

ich habe Grund, anzunehmen, daß es sich um etwas anderes handelt, nämlich um eine militärische Neuabgrenzung des Rheinlandes. Wenn jemand glaubt, den umgekehrten Weg gehen zu können als den gegenwärtigen, nämlich durch Opfer zur Freiheit, wenn er also vorschlägt, Aufgabe der Freiheit zur Verminderung der Opfer, so bin ich fest überzeugt, daß das deutsche Volk einen solchen unerhörten Vorschlag zurückweisen wird. (Zustimmung.) Ich kann mir nicht denken, daß man auf Seiten englischer Politiker daran dächte, einen Rheinland zu schaffen unter dem Protektorat des Völkerbundes. Ich kann mir freilich denken, daß man eine Überwachung der Aufrüstungsarbeiten durch den Völkerbund vorschlägt; Herr Helfferich hat mich erinnert an Ausführungen, die ich als Abgeordneter gemacht habe. Das bringt mich nicht in Verlegenheit, denn ich kann alles, was ich früher gesagt habe, noch heute vertreten, nämlich, daß der Völkerbund die Pflicht gehabt hätte, bei dem rechtswidrigen Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet keine Stimme zu erheben. Das auszuspochen, sähe ich mich auch heute als Außenminister nicht. Wenn man lediglich aus meinen Worten folgert, erst solle die Schuldfrage erneut anerkannt werden, so ist das eine Fälschung. Ich habe gesagt, daß verschiedene Seiten (Rechtlicher Widerspruch rechts) — Ah, meine Herren, tun Sie nur nicht so! — (Weiterkeit.) Ich spreche nicht vom Parteistandpunkt, sondern vom Standpunkt aus, daß ich sage: Wie wollen Sie bei einer Weiterführung der Konsolidierungsaufgabe die Autorität der Reichsregierung, die wir haben müssen, stabilisieren, wenn in so unverantwortlicher Weise gegen die Reichsregierung vorgegangen wird. (Sehr richtig.) Ich darf vielleicht für mich ein gewisses Recht in Anspruch nehmen, weil ich im Mittelpunkt der persönlichen Angriffe stehe die das Maß des Ertrags übersteigen. Wenn mir z. B. vom Freiherrn von Lozinzhausen gesagt wird, ich handle so, weil mein Schwiegervater an schicksalhaftigen Wägen verbrühe (Große Bewegung), so ist das das Gemeinste, was man einem Außenminister vorwerfen kann, daß er nämlich in finanzieller Abhängigkeit von einer unheimlichen Politik stehe. (Andauernd großer Lärm und lärmliche Zustufe auf der Reden. Präsident Roeder muß erst um Ruhe bitten, ehe der Minister weiter sprechen kann.) Mitglieder des Hauses habe ich damit nicht in Verbindung gebracht, und ich treue mich aufrichtig, wenn in der Öffentlichkeit bekannt wird, daß hier nicht die Meinung ist, daß der deutsche Außenminister an dem Stielen der schicksalhaften Krone oder des französischen Frankreichs interessiert sei, wie ein Ausschützer eines französischen oder schicksalhaften Unternehmens. Wenn diese Äußerung hier wörtlich gefallen wäre, so würde ich dafür keinen parlamentarischen Ausdruck wahren. (Zustimmung rechts.) Herr Kollege Herz: Ich habe bis zu dieser Stunde keine Mithilfestellung von Ihnen erhalten (Abg. Herz: Ich habe aber gesagt, daß sie kommt!) Ich habe ja mit Freunden konstatiert, daß es nicht richtig ist. Ich erwähne diese Dinge nicht, weil ich davon betroffen bin, sondern weil ich glaube, daß jede Partei, die damit zu rechnen hat, verantwortlich in der Regierung teilzunehmen, ein Interesse daran hat, daß wir wieder etwas mehr Regierungsmacht bekommen. („Sehr richtig!“) So weit bezogen hat meine Äußerungen auf die speziellen Darlegungen des Herrn Helfferich.

Ich habe Ihre Aufmerksamkeit noch eine Frage zuwenden, bei der mir daran liegt, daß die Stellung der deutschen Regierung keinem Jactum unterliegt. Die Öffentlichkeit hat sich lebhaft mit der

Frage der internationalen Militärkontrolle beschäftigt. Es heißt, daß die Völkerbundeskonferenz uns einen Vorschlag unterbreiten wolle, diese Frage neu zu regeln und die internationale Militärkontrolle durch ein Kontrollkomitee zu ersetzen. Ich weiß nicht, ob diese Mitteilung richtig ist. Soweit ich informiert bin, hat die Völkerbundeskonferenz beschlossen, ihre Note nicht zu veröffentlichen, bevor sie in den Besitz der deutschen Regierung gelangt ist. Die deutsche Abfertigung war im Frühjahr 1922 bereits so gut wie beendet. Das ist nicht etwa nur eine Fiktion der deutschen Reichsregierung, sondern das hat beispielsweise die englische Regierung im Frühjahr 1923 im Unterhause wiederholt bestätigt. General Koller hat das auch vor seiner Kommission ausgesprochen, wie wir aus dem bekannten Buch des amerikanischen Generals Allan wissen. Den letzten Zeit an uns ergangenen Vorschlägen konnten wir uns nicht anschließen, denn auch der Versailler Vertrag sieht derartige Maßnahmen nicht vor. (Beifalliger Beifall.) Glaube man doch nicht, daß es lediglich irgend eine Erfindung der deutschen Regierung ist, wenn sie darauf hingewiesen hat, daß sie die Kontrolle nicht habe vornehmen lassen, weil sie dadurch eine Gefährdung der Mitglieder der Kommission befürchte. Auch der Staatspräsident von Württemberg hat darauf hingewiesen, daß bei der Stimmung der Bevölkerung eine Garantie für die Sicherheit der Kommissionsmitglieder nicht übernommen werden könnte.

Der Minister wendet sich dann den Äußerungen des Generals Ludendorff im Münchener Prozeß zu: „General Ludendorff hat bei seiner Vernehmung den grundsätzlichen Vorwurf der Deutschfeindschaft gegen den heiligen Stuhl erhoben. Die deutsche Regierung kann eine derartige Äußerung des Generals Ludendorff nur auf das tiefste Bedauern und auf das entschiedenste zurückweisen. Der heilige Stuhl hat sich viele Jahre hindurch bemüht, eine Verfriedung der Welt und die Beseitigung der Völkerherbfeindschaft. Die Reichsregierung ist von den mit dieser Aufgabe in Widerspruch stehenden Äußerungen des Generals Ludendorff umso peinlicher berührt, als gerade dem deutschen Volke die charitativen Bestrebungen des heiligen Stuhles in besonders reichem Maße zu gute gekommen sind. Herr Dr. Helfferich hat vollkommen Recht, daß nur eine Volksgemeinschaft aller Deutschen uns bewahren könne vor den schmerzlichen Erschütterungen.

Diese Volksgemeinschaft kann sich nur darin offenbaren, daß wir uns nicht im Inneren bekämpfen und alle inneren Streitigkeiten zurückstellen und eine geschlossene Front nach außen bilden.

(„Sehr wahr!“) Tragen Sie (nach Rechts) durch die Stärkung der Autorität der Reichsregierung dazu bei, den rechten Geist der Volksgemeinschaft zu schaffen. (Beifalliger Beifall!)

Es entspinnt sich noch eine etwa einstündige Auseinandersetzung zwischen Abg. Helfferich (D. N.), Kaas (Ztr.) und David (Soz.), u. a. über die Frage, welche politische Stellung Ludendorff in den Kriegsjahren eingenommen und worauf an dem Sturze Bethmann-Hollwegs gewesen sei. — Die Sitzung wird auf morgen vertagt.

Der Bruch des Speyerer Abkommens.

11. Bremen, 6. März. (Drahtbericht.) Der von den Separatisten ausgewählte Ludwig hatte, da nach dem Speyerer Abkommen vom 16. Februar die zurückgekehrten staatlichen und städtischen Beamten sich bei der französischen Delegation des Bezirks zu melden haben, den hannoverschen Bezirksdelegierten von Bremen vor den vorstehenden Rückkehr durch eine Abordnung des Stadtrats vorstellen lassen. Der Bezirksdelegierte Major Fenoul erklärte jedoch, die Rückkehr von Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Fiedmann sei nicht erwünscht. Auf den Hinweis der Abordnung, diese Haltung der Separatisten könne ein Bruch des Speyerer Abkommens erwidern, erklärte Major Fenoul, er wolle sich noch einmal mit General de Metz besprechen. Die Entscheidung steht bis jetzt noch aus.

Die Kämpfe in Marokko.

11. Madrid, 6. März. (Sapas.) Ein amtlicher Bericht aus Marokko meldet, daß Truppen, die eine Transportkolonne im Abschnitt von Tafersit beschützten, in heftigen Gefechten mit einem Sabas meldet, daß ein Leutnant und ein Unteroffizier sowie acht Soldaten zum größten Teil schwer verwundet wurden, während ein Unteroffizier und zwei andere Soldaten leichter verletzt sind.

Frankreich und die Sachverständigen.

Ein Ultimatum des „Temps“.

P. H. Paris, 6. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Den beiden Sachverständigenauschüssen die seit Wochen in Paris arbeiten, wird niemand besondere Vereingewonnenheit für Deutschland nachsagen können. Deutschland wird die Beschlüsse, die die Sachverständigen fassen, um so genauer ansehen müssen, als es von den Verhandlungen, bei denen es um sein Schicksal und um seine Zukunft geht, ausgeschlossen ist, indem nur gelegentlich der Reichsbanpräsident Dr. Schaack zu Beratungen kommt oder Staatssekretär Bergmann, letzterer nicht einmal in offizieller, sondern in privater Weise und auskunft erteilen darf. Demgegenüber sind die Interessen der Gläubigerstaaten Deutschlands ganz ausgezeichnet vertreten. Frankreich, Belgien, England und Italien haben in jedem der beiden Komitees ausreichend Mitglieder, die über die Rechte ihrer Länder energisch vertreten. Dennoch wird man in Paris bei jeder Nachricht unruhig, die über die Beschlüsse der Sachverständigen in Frankreich, Belgien, England und Italien in jedem der beiden Komitees ausreichend vertreten. Dennoch wird man in Paris bei jeder Nachricht unruhig, die über die Beschlüsse der Sachverständigen in Frankreich, Belgien, England und Italien in jedem der beiden Komitees ausreichend vertreten.

zu stellen. Der erste Sachverständigenauschuss, in dem sich zwei Amerikaner acht alliierten Vertretern gegenübersehen, scheint zu der Ansicht gelangt zu sein, daß eine künstliche internationale Anleihe natürlich dazu bestimmt sein müsse, die Stabilisierung und Vereinheitlichung der deutschen Währung herbeizuführen, weil selbstverständlich nur mit Durchführung dieser Maßnahme künftige Reparationszahlungen möglich sein würden. Daraufhin erklärt das offizielle Pariser Blatt, daß keine Kreditoperationen zu Gunsten Deutschlands erfolgen dürften, wenn nicht gleichzeitig auch Geld für die Gläubigerstaaten gefunden würde. Die Sachverständigen würden die ihnen gestellten Aufgaben überschreiten, wenn sie erklären sollten, daß die künftige Anleihe ausschließlich zur Einlösung der Rentenmarkt bestimmt wäre, während Reparationszahlungen durch die Anleihe nicht finanziert werden sollten. Wenn Frankreich, Belgien und Italien gleichzeitige Beträge in der selben Höhe erhalten sollten wie Deutschland, so wäre, wie sich der „Temps“ in leicht geistiger Entrüstung ausdrückt, das ganze politische und wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa durchbrochen. Diese Gefahr werde nicht gebührend bedacht werden. Entweder die Gläubiger Deutschlands würde auch Kredite finden oder der deutsche Schuldner werde ebenfalls keine bekommen.

Es muß aber erwartet werden, welchen Eindruck die Drohungen auf den Sachverständigenauschuss machen werden. Aber das ist ein Thema des „Temps“, der heute verzagt, was er vor einigen Tagen selbst predigte, daß man nämlich in Paris kein Wort sprechen solle, das den Anblick in erwecken könnte, als ob Frankreich das Zustandekommen der Beschlüsse der Sachverständigenkomitees verhindern würde, weil man nicht mißzuverstehender Klarheit, daß man in Paris entschlossen ist, wie schon im Mai 1922, die Beschlüsse der Bankierkonferenz durchzusetzen, auch die Entscheidungen der neuen Sachverständigenauschüsse zu sabotieren, wenn nicht ausschließlich Frankreichs Wünsche Befriedigung finden.

Warum hört man nichts vom zweiten Sachverständigenauschuss?

Beifällige Ergebnisse für Poincaré.

P. H. Paris, 6. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Es muß ausfallen, daß man in den letzten Tagen von dem zweiten Sachverständigenauschuss, der sich mit der deutschen Kapitalfrage beschäftigt, überhaupt nicht mehr spricht, obwohl es Poincaré gewesen war, der darauf gedrungen hatte, daß die Untersuchung über die Kapitalfrage aus Deutschland stattfinden. Die Ursache dieses Stillstehens ist, wie ich aus sehr gut unterrichteter Quelle höre, daß der zweite Sachverständigenauschuss seitdem nicht, daß Industriebevollmächtigter Haupt nicht mehr vorhanden seien, weil alle in den letzten Monaten für Käufe von Rohmaterialien verwendet wurden. Ich höre ferner, was naturgemäß eine französische Zeitung niemals veröffentlichte, daß der Sachverständigenauschuss feststellte, daß vor dem Krieg ein deutsches Auslandsguthaben von etwa 18 Milliarden Goldmark vorhanden war, während die deutschen Auslandswerte jetzt in allen Formen (Immobilien, Devisen, Beteiligungen an ausländischen Unternehmen usw.) kaum 4 Milliarden erreichen. Die phantastischen Versicherungen, die man in Paris hörte, daß aus Deutschland 8 bis 9 Milliarden Goldmark abgemindert seien, erweisen sich als falsch. Am besten Fall sind es heute zwei Milliarden Goldmark, die Deutschland in ausländischen Renten gehören, von denen kaum zehn Prozent auf das Konto der Industrie gehen. Diese Feststellungen des Sachverständigenauschusses sind es hauptsächlich, die dazu geführt haben, daß man in Paris den Arbeit des zweiten Sachverständigenauschusses keinerlei Interesse mehr entgegenbringt.

Poincaré droht wieder mit Demission.

Konflikt zwischen Regierung und Senat.

P. H. Paris, 6. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der gestrige Beschluß der Finanzkommission, daß der Senat die Steuern vorlag, wie sie von der Kammer beschlossen worden waren, grundsätzlich abändern und insbesondere der Renten das Verordnungsrecht nicht zubilligen wolle, erregt bei dem französischen Kabinett großes Aufsehen. Es trat heute zu einer Sitzung zusammen und es wurde beschlossen, daß Poincaré noch heute und nicht erst am Montag vor der Finanzkommission des Senates erscheinen solle. Viele trat am Nachmittag zu sammen und Poincaré und der Finanzminister Delaunay wohnten der Sitzung bei. Poincaré erklärte der Kommission, er fordere, daß die Debatte über die Steuerfrage, wie sie die Kammer beschlossen habe, am Dienstag vor dem Senat beginne. Würde dies nicht der Fall sein, so würde er seine Demission geben. Er erklärte außerdem, daß er vor dem Senat dem Wortlaut der Steuerfrage vorzuziehen werde, wie er von der Kammer beschlossen worden sei, insbesondere die Paragrafen, die sich auf das Verordnungsrecht der Regierung beziehen. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende Note ausgeben: „Die Finanzkommission beschloß, den Ministern zu übermitteln und den Finanzminister mit äußerster Dringlichkeit einzuladen, am Freitag oder Samstag, nachdem wie es die Regierung für gut hält, persönlich vor ihr zu erscheinen.“

Die Debatte über die Wahlreform wurde im Senat fortgesetzt. Am Namen der demokratischen Linken wurde die Erklärung abgegeben, daß die Linke sich an der weiteren Debatte über die Wahlreform nicht beteiligen könne, weil die Freiheit der Rede nicht gewährleistet sei. Die gesamte Linke verließ darauf den Sitzungssaal, aber alle im Saal verbliebenen 141 Mitglieder stimmten für die Fortsetzung der Debatte über die Wahlreform.

Theunis bildet das neue belgische Kabinett.

Verklärung des völkischen Einflusses.

B. Brüssel, 6. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der belgische König empfing heute nachmittags Theunis, der ihm erklärte, daß er das neue Kabinett bilden werde. Theunis benannte bereits mit der Ausnahme seiner Ministerliste. Er stützte dem früheren Außenminister Paipar und dem früheren Arbeitsminister Beuche ab, die dem neuen Kabinett nicht mehr angeschlossen werden. Außenminister wird der Liberale Paul Smaens, mit dem Theunis eine lange Bekanntschaft hatte. Arbeitsminister das Mitglied der Rechten. Die Wamen werden durch Coulet vertreten sein, der das Eisenbahndepartement übernimmt. Das Kolonialministerium wird auf den bisherigen Landesverwaltungsminister Fortomme übergehen. Landesverwaltungsminister wird ein General werden. Alle anderen Minister behalten ihre Portefolios. Das neue Kabinett weist eine Verklärung des völkischen Einflusses auf.

11. Washington, 6. März. (Drahtbericht.) Der mit der Aufhebung des Petroleumhandels beauftragte Untersuchungskommission hat gestern mehr als dreihundert Telegramme nachgeprüft, die zwischen den verschiedenen in den Standat verwickelten Persönlichkeiten ausgetauscht worden waren. 45 von diesen Telegrammen die auf die Affäre eine besonderes Streiflicht werfen, werden veröffentlicht werden.

Dr. Reppin's Bittermandel Läger und würziger als Mandelbitter! Reppin Continuumittel u. a. Engelhardt & Söhne

Die drückende Last der Besatzungskosten.

Am 6. März, (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Es war bisher außerordentlich schwer, irgendwelches Material über die Höhe unserer Besatzungskosten von amtlicher Seite zu erhalten. Da es aber jetzt, da wir auf Grund unseres neuen Haushaltsplanes mit jedem Pfennig rechnen müssen, besonders wichtig ist, festzustellen, welchen Druck die Besatzungskosten auf unsere Finanzen ausüben, haben die Deutschenationalen einen entsprechenden Antrag an die Reichsregierung gestellt, auf die nun eine Antwort erteilt worden ist. Danach sind vom deutschen Reich bis Ende 1923 für unsere Besatzungskosten, die uns nicht auf Reparationskonto gutgeschrieben werden, 1 329 743 020 Goldmark gezahlt worden. Die äußere Besatzungskosten, die auf Reparationskonto gutgeschrieben werden, müßte das Reich bis Ende 1923 im Ganzen 1 359 395 Goldmark an die Entente abführen.

Eine Rechnungslegung über die Verwendung dieser Gelder ist bisher nicht erfolgt, wie auch die Mittelien sich nicht an das Einkommen gehalten haben, daß die Besatzungskosten 220 Millionen Goldmark nicht überschreiten sollen.

Zur Zeit betragen die Markvorschüsse an die Besatzungsarmee Millionen monatlich, und daneben hat die Reichsregierung außerordentliche Lasten für die Verpflegung der Rheinlandtruppen auf sich nehmen müssen. Für das neue Gebiet liegen jetzt noch Anordnungen von Seiten der Besatzungsbehörden vor, die einem Betrag von 25 355 000 Goldmark entsprechen. Es handelt sich hier um Erneuerungen, Bereitstellung von eingerichteten Wohnungen für Militärkasinos, Kassen, Kaufplätze usw. Im Rosenbergsjahr 1922 betrug die Erfüllung des Reiches für Requisition und Unterhalt der Truppen im altbesetzten Gebiet 52 800 975 Goldmark und im neuen Gebiet 41 952 999 Goldmark.

Die Reichsfinanzen im letzten Februartitel.

Am 6. März, (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Reichsfinanzen im letzten Februartitel betragen für die Defizite vom 21. Februar die Einnahmen aus Steuer, Zöllen und Gebühren 140,4 Millionen Papiermark, die Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung 188 Millionen Papiermark. So daß sich ein Defizit von 47,6 Millionen ergibt. Am 16. November 1923 erhöhte er sich auf 127,5 Millionen Papiermark. Die Erhöhung der Ausgaben beruht darauf, daß nach dem 20. Febr. in besonders starkem Maße Zurechnungen an die Länder und Gemeinden ausgeschüttet wurden.

Die Lage in Ludwigshafen.

O. Ludwigshafen, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu neuen Zwischenfällen ist es im Laufe des Nachmittags nicht gekommen. Französisches Militär, das am Nachmittag eintraf, hält den Platz vor der Fabrik abgesperrt, hat die Straßen gesäubert und besetzt die Zugänge zur Fabrik. Später wurden französische Gendarmen mit dem Ordnungsdienst betraut. Die Zahl der Toten wird jetzt mit zwei angegeben, die der Verwundeten auf 50. Auf Seiten der deutschen Polizei sind zwei schwer- und zwei leichtverwundete festgesetzt. Im übrigen handelt es sich um leichtere Verletzungen. Während der Zusammenstöße am Vormittag verfuhr die Menge mehrere Male in die in der Nähe der Fabrik gelegene Polizeiwache einzudringen, um die Beamten herauszuholen, denen sie die Schuld an den Vorfällen zuschob. Ihre Bemühungen hatten jedoch keinen Erfolg.

Die Opfer der Unruhen.

Am 6. März, (Eigener Drahtbericht.) Von den bei den heutigen Unruhen in der Ludwigschiffbau-Fabrik verletzten Personen sind im ganzen 28 im hiesigen Krankenhaus untergebracht. Zwanzig bis 25 Personen konnten nach Anlegung von Verbänden sofort wieder entlassen werden. Außerdem sind zwei Todesopfer zu beklagen. Von der Polizei wurden vier Beamte verwundet, davon zwei schwer.

Der Zwischenfall im Sillerprozeß.

Am 6. März, (Eigener Drahtbericht.) Nach Schluß der heutigen Sitzung des Sillerprozesses sind die Staatsanwälte mit dem Vorstehenden zum Justizministerium gefahren, um dort die Sachlage zu besprechen. Für die Fortsetzung des Prozesses ist es nicht notwendig, daß zwei Staatsanwälte wie bisher den Verhandlungen beiwohnen. Nach den Vorschriften der Strafprozedur wird nur verlangt, daß ein Staatsanwalt während der ganzen Dauer der Verhandlungen ununterbrochen anwesend ist. Eine Aussetzung des Prozesses kommt daher nicht in Frage. Vor Eintritt in die Verhandlung am Freitag sind Erklärungen der Staatsanwaltschaft zu erwarten.

Gewalttätige Ausschaltung kommunistischer Abgeordneter im sächsischen Landtag.

Am 6. März, (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung stellte vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident Müller fest, daß die beiden am 28. Februar gemäß der Geschäftsordnung für die Dauer von drei Sitzungen ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten Ellert und Zippel wieder im Saale anwesend seien. Das Haus wurde zunächst auf eine halbe Stunde vertagt, um der kommunistischen Fraktion noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Beschlusses des Abgeordneten Ellert mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der Präsident forderte die beiden Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen und vor Ablauf der Ausschlussfrist nicht wieder den Saal zu betreten. Nach einer Pause, während der einige Kriminalbeamte in Güte verfuhrten, die beiden Abgeordneten aus dem Saale zu entfernen, wurden diese von einem größeren Polizeiaufgebot unter ungeheurem Toben der Galeriebesucher mit Gewalt aus dem Sitzungssaal gebracht.

Deutschland und die Türkei.

Am 6. März, (Eigener Drahtbericht.) Der deutsch-türkische Freundschaftsvertrag wird hier als organisatorische Ergänzung des deutsch-russischen Vertrages aufgefaßt und bei der östlichen Tendenz der italienischen Expansionsbestrebungen als Erfolg eines Nivellierungsversuches angesehen. Unter den Kommentaren gibt der „Schwerindustrie-Magazin“ den Ton an, indem er von der Wiederaufhebung des alten deutschen Tranges nach Osten spricht und behauptet, die deutsche Gründungsaktivität in der modernisierten Türkei habe unter englischer und amerikanischer Kapitalhülfe ihre Wirkung wiedergewonnen. „Tribuna“ und „Epoca“ nehmen diesen Ton auf und wittern eine politische Annäherung, die die größte Aufmerksamkeit Italiens verlangt.

Stürmische Eröffnung des Prager Parlaments.

Am 6. März, (Eigener Drahtbericht.) Heute wurde die 1. Sitzung des Prager Parlaments eröffnet. Die Sitzung wurde, kaum daß die Abgeordneten und die Minister Platz genommen hatten, von den Kommunisten mit lauten Geschrei eingeleitet. Die Abgeordneten der Koalitionsparteien blieben die Antwort nicht schuldig, doch ein heftiger Kravall entstand. Die Regierung kegelte sich, und es drohte vor den Bänken der Kommunisten ein heftiges Handgemisch zu kommen. Auf der Ministerbank machte sich große Nervosität bemerkbar. Ein Abgeordneter warf auf den Ministerpräsidenten eine Flasche die die mit Spiritus oder Benzin gefüllt war und die den Ministerpräsidenten zu Boden warf. Der Ministerpräsident erklärte, daß die letzten Standesaktiven zeigen, daß nach dem Prager alle politischen und rechtlichen Grundlagen nicht nur in der Tschechoslowakei schwer erschüttert worden seien. Während der Rede darauf brach die Sitzung in heftigen Aufbruch, kam es zu heftigen Zwischenfällen mit den Kommunisten. Auf jedes Wort des Ministerpräsidenten antworteten die Kommunisten mit Hohnschreien.

Friedrichshof.
Neu: Freitag, den 7., Samstag, den 8., Sonntag, den 9. März, jeweils abends 8 Uhr.
Die weltbekannte Zauberschaubellachini jr.
Fabelhafte, nie gezeigte Darbietungen auf dem Gebiete der Illusionen.
Ein Abend im Reiche der Wunder
Sonntag nachmittag 4 Uhr
Schüler- und Familien-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Karten zu 3.-, 2.-, 1.- Goldmark. Schülerkarten 40 und 60 Pfennig.
Vorverkauf: bei Curt Neufeldt, Waldstraße 80, Odeon-Musikhaus u. Musikalienhandlung Müller, Kaiserstraße, sowie im Restaurant Friedrichshof. 3704

Festhalle
Sonntag, 9. März 1924 nachmittags halt 4 Uhr.
Sonntagskonzert
Leitung: Hans Blum.
Ausführende: Ann Heuser, Rosa Frohmann, Hans Paul Müller, Heiteres, Harmonikquartett, Dirig.: Hugo Rudolph.
Eintrittspreise: 1 G.-M. Vorverkauf Musikalienhandlung, Fritz Müller, Musik-Haus Odeon, Stadtartenkassa.

Resi-Närrische Frauen
Lichtspiele
30 Waldstraße 30
Ein Gesellschaftsdrama aus Monte Carlo, dem Spieler-Paradies der mondänen Welt.
Bis einschl. Freitag
Beginn der Vorstellungen: 3, 5, 7 und 9 Uhr.
2 Teile
12 Akte in einem Spielplan

Hochbergs-Radour!
Bis einschl. Freitag
Beginn der Vorstellungen: 3, 5, 7 und 9 Uhr.
2 Teile
12 Akte in einem Spielplan

Des Lebens Kürze
braucht Würze; drum kehret kein im
8844
Gandsknecht
HEUTE:
Groß-Jägeressen (Hirsch, Reh u. a. m.)
Samstag: Der beliebteste Schachtag!
Spez.: Landsknechtsschachplatte zu 0.90
Sonntag: Der bekannte Betrieb!
(Münchener Spezialitäten)
mit Zwiebelkuchenfränschoppen.
Gemütliche musikal. Unterhaltung.

Isarilische Gemeinde.
Vortrag: Herrstr. 14
Freitag, 7. März: Sabb.-Anfang 8 Uhr.
Samstag, 8. März: Morgen-Gottesdienst 9 Uhr. 3 Gebetsstunden. Sabb.-Ausgang 7 u. 11 Uhr.
Freitag, 7. März: Sabb.-Anfang 8 Uhr.
Samstag, 8. März: Morgen-Gottesdienst 9 Uhr. 3 Gebetsstunden. Sabb.-Ausgang 7 u. 11 Uhr.
Freitag, 7. März: Sabb.-Anfang 8 Uhr.
Samstag, 8. März: Morgen-Gottesdienst 9 Uhr. 3 Gebetsstunden. Sabb.-Ausgang 7 u. 11 Uhr.

Palast-Lichtspiele
Herrenstraße 11 Karlsruhe Telefon 2502
Nur bis einschließlich Montag!
Mareco unter Gaukler und Bestien.
Zweiter und letzter Teil.
In der Hauptrolle Joe Stöckel als Mareco.
„Er“ unter Seeräubern
Original-Groteske in 2 Akten mit Harold Lloyd
in der Hauptrolle. 8827

Möbel.
Bei der Geschäftsvergrößerung habe ich sehr preiswert abzugeben:
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer u. Kücheneinrichtungen, sowie einzelne Schränke, alles in prima Ausführung unter jeder Garantie. 8705
Schreiner Hölzig,
Eisenstraße 30.
Geschäftshaus in Mühlburg
45 Stübchen, mit Einfaß u. ca. 200 qm sofort bestmögliche besten Geschäfts- u. Generräumen mit elektr. Anschluß, zu verkaufen. Bestenfalls wollen Ihre Adressen unter Nr. 86165 in der Geschäftsstelle d. Bl. abgeben.
5 Billen
teils bestmög.
15 Etagenhäuser
in allen Stadtteilen gelegen. 8780
20 Geschäftshäuser
mit sofort bestmög. Eintr. u. Generräumen.
Flott gehende Metzgerei
Amst. Bad, Nähe Karlsruhe, kann sofort übernommen werden.
5 Landhäuser
sämtliche sofort bestmög.
Adolf Schneider,
Immobilien-Büro, Karlsruhe, Kaiserstr. 42, Telefon 1705.
Bürozeiten: vorm. 9-12 nachm. 2-6 Uhr
Privat-Telefon 2409.
Landhaus
bei Rastatt, mit 8000 qm eingetrag. Gelände, für 11. April oder Bestmög. am 1. Juli 1924 zu verkaufen. Angebote unter Nr. 86000 an die Geschäftsstelle d. Bl.
Wirtschaft
Borstel, Karlsruhe, beste am Platz. Nr. 181000. Anz. 8000.- 8845
Wohnhaus
größeres, mit Einfaß, groß, Hof, Garage, nach bestmög. Eintr. zu verkaufen. Angebote unter Nr. 86172 an die Geschäftsstelle d. Bl.
Wohnhaus
neueres, mit 4 Zimmern, Hof im Stadteck, bestmög. Eintr. zu verkaufen. Angebote unter Nr. 86173 an die Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben.
Acker
an d. Hochstraße für Gartenbau geeignet, 2 Hektar, zu vert. Abz. 15. März, Telefon 8154. 86124

Zum „Kronenfeld“
Kronenstr. 44 - Telefon 81
Freitag:
Schlacht-Parade
mit Konzert der Hauskapelle.
Alles reichlich - gut - billig.
Nur für Samstag u. Sonntag sind alle Vorkehrungen zur prompten Bedienung aller werten Gäste getroffen. 8839
Sonntag am früh. Streich-Konzert
abends ein: Theodor Ruf, Weinblg. 8276.

Bildbilder
werden sofort geliefert.
Photographisches Atelier
Fritz Albrecht
Kaiserstr. 61.
Damen-Garderobe
mit gut u. preiswert angelegten (Konfirmationskleider), R. Rapiere, Kreuzstr. 10, Hof, 111.
Haarfärbemittel
„Aurool“ 2503
„Kascha“
„Jaques-Zurlebensheit“
Haarfärbemittel-Wiederhersteller
Jörgers Haarbalsam
Segers Haarfarbe
Haarfärbemittel
„20 Jahre länger“
und andere empfohlen

Wandsprüche
L. Kirchenbauer, Karlsruhe, Kaiser-Str. 9/11
„Sorge, aber Sorge nicht zuviel, es geht da h'wies Gott hab'n will.“
Voller Mut und Göttertrauen, solst du frohlich vorwärts schauen.“
Mit Iris-od. Feldblumen Nr. 1, 50, 3, 20, 5, 70 usw. Preisliste mit groß. Textauswahl 40 Pfg., ca. 20 Abbild.
Konfirmanden-Anzüge
in verschiedenen Preislagen offeriert 3853
Heinrich Weintraub, Kronenstr. 52.
Kinderwagen Klappwagen
große Gebrauchsgegenstände
und empfehle solche zu billigen Preisen.
J. Heß, Kaiserstr. 123
Trotz des hohen Aufschlages immer noch billig:
Rotweine
Dürkheimer Feuerberg . . . per Liter 1.20
Elsässer 1.20
Kaysersberg 1.40
Weißweine
Dürkheimer per Liter 1.20
Elsässer Kaysersberg 1.40
Riemer Mosel 1.20
Birkweiler Pfälzer 1.60
Maikammer Helligenberg 1.60
Alle Weine über die Straße.
Schmidt-Milling,
Kleinverkauf von Wein und Spirituosen,
Kronenstr. 54. Telefon 4690.
Eingang Ecke Hotel „Gast“.

5 Billen
teils bestmög.
15 Etagenhäuser
in allen Stadtteilen gelegen. 8780
20 Geschäftshäuser
mit sofort bestmög. Eintr. u. Generräumen.
Flott gehende Metzgerei
Amst. Bad, Nähe Karlsruhe, kann sofort übernommen werden.
5 Landhäuser
sämtliche sofort bestmög.
Adolf Schneider,
Immobilien-Büro, Karlsruhe, Kaiserstr. 42, Telefon 1705.
Bürozeiten: vorm. 9-12 nachm. 2-6 Uhr
Privat-Telefon 2409.
Landhaus
bei Rastatt, mit 8000 qm eingetrag. Gelände, für 11. April oder Bestmög. am 1. Juli 1924 zu verkaufen. Angebote unter Nr. 86000 an die Geschäftsstelle d. Bl.
Wirtschaft
Borstel, Karlsruhe, beste am Platz. Nr. 181000. Anz. 8000.- 8845
Wohnhaus
größeres, mit Einfaß, groß, Hof, Garage, nach bestmög. Eintr. zu verkaufen. Angebote unter Nr. 86172 an die Geschäftsstelle d. Bl.
Wohnhaus
neueres, mit 4 Zimmern, Hof im Stadteck, bestmög. Eintr. zu verkaufen. Angebote unter Nr. 86173 an die Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben.
Acker
an d. Hochstraße für Gartenbau geeignet, 2 Hektar, zu vert. Abz. 15. März, Telefon 8154. 86124

Ab Lager!
mehrere Lagerstapeln aus Weißblech, in den Größen
20x12x2,90 m
20x10x2,90 m
15x 8x2,40 m
Einige Autogaragen
verschiedenen Abmessungen, feuer- und diebstahl-sicher, transportabel, allseitig abzugeben.
Kaufpreis und Preisliste kostenlos.
Herrn Achenbach G. m. b. H., Eisen- und Metallwerke, Weidenau-Str. 118/119, 8276.
Bad. Landestheater.
Freitag, den 7. März, 7 bis nach 10 Uhr
Abon. A. 15. Th.-Gem.-B. Nr. 7401-7600
AIDA.

H. Bieler
Parfümerien
Kaiserstr. 228
zwischen Douglas- u. Hirschstr.
Teilhabein
mit 5000 A. hoch Frau in ihr gut schenken. Zehn-Mittelgeschicht, die sie allein nicht fertig wird. Dienstmädchen vorhanden. Treuhänder, Hans-Thoma-Str. 8. 86163
Wer gibt 1000-1200 G.M. gegen hohen Zins und Sicherheit für rentable Unternehmungen? Rückzahlung kurzfristig. Beteiligung nicht aufschuldig. Angebote unter Nr. 8824 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kaufgeluche
Herrschafts-Haus
mit freierstehender 5-6 Zimmerwohnung gegen Veräußerung zu kaufen gesucht. - Angebote mit Preisangabe unter 86578 an die Geschäftsstelle d. Bl. Ende 6726
Haus
zu kaufen gegen Veräußerung, möglichenfalls Oststadtteil. Off. mit äußerl. Preis an Friedrich Schneider, Büchelstr. 4, 20000. Vermittler verbeten!
Ca. 30000 Backsteine u. 7000 Falzziegel
gegen sofortige Kasse gegen Anz. 8000.- 86211 an die Geschäftsstelle d. Bl.
4-5 Barockstühle
mit 2 Reihen, sehr schön, dazu rundes Tischchen, ebenfalls 2 Garderobekleider (rund) aus Arbeitshaus zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8828 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schreibmaschinen
neu u. abg. erstl. Fabrikate, preiswert zu vert. Auf Wunsch Teilzahl. Kaufverh. 1. Preis. G. A. H. P. Weidinger, Waldstr. 6, Hof, Telefon 8141.
Schreibmaschine
Neuestes Modell, eingetroffen.
Werner, DRW Motor-Räder
Schützlenstr. 55 u. 59

Wertpapierbörsen.

Berliner Schluss- und Nachbörse vom 6. März.

In der zweiten Vorlesung hörte man gerüchelt, daß die...

Mannheimer Börse vom 6. März.

Die Börse verlief in stiller Haltung. Es notierten Bad. Bank...

Stößen vom 6. März. Kurlauf 2.355-2.415, Kattowice 4.78...

Waren und Märkte.

Bodenerzeugnisse.

Mannheimer Produktenbörse vom 6. März. In der heutigen...

Berliner Produktenbörse vom 6. März. In Berlin, 6. März. (Druckmeldung unserer Berliner Handels-...

torlaerben 27-28. Kleine Speierlben 17-18. Futterlben 11-12...

Viehmarkt.

Mannheimer Viehmarkt vom 6. März. Dem Markt waren...

Metalle.

Preisnotierungen für Metalle in Berlin am 6. März. Notierung...

Starkes Inlandsgeschäft auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

Im Gegensatz zu früheren Messen hielt der Zutrom, beson-

Besonders flott wurde auch am Mittwoch auf der Textil-,

Der französische und belgische Eisenmarkt.

Die Lage des französischen Eisen- und Stahlmarktes hat sich...

Die Scof-Lieferungen aus dem Ruhrgebiet betragen für den...

unangenehme Lage. Der Preis für Ruhrkohle wurde von der neuen...

Die Produktion der Hochöfen nimmt weiter zu, immerhin...

Aus England besteht Nachfrage für baltisches Eisen. Die Preise...

Für Salzhypothek sind die Fabrikanten gut mit Aufträgen...

In Belgien und Luxemburg waren von 56 Hochöfen am...

Teppich u. Co. A.G. für Drahtgarn, Siegen. Von dem Kelm...

Transradio A.G. für drahtlosen Überseeverkehr. Die G.A....

Sie Teufung der Böhmerwerke. Die schon vor einiger Zeit anstehende...

Table with multiple columns listing stock prices for various companies and sectors like 'Berliner Börse', 'Versch. festverzinsliche Werte', 'Eisenbahn-Aktion', etc.

Table with multiple columns listing stock prices for various companies and sectors like 'Düss. Masch.', 'Graschütz', 'Krupp', etc.

Table with multiple columns listing stock prices for various companies and sectors like 'Reichh. Pott', 'Terra A.G.', 'Kolonialw.', etc.

Registraturen S. Gutmann, Mannheim U. S. 4. Fernruf 2143

